

ÖVP lobt Bundesgesetz, SPÖ kritisiert es:

## „Tauziehen“ um mehr Eigentum im Wohnen

Beim Ziel „leistbares Wohnen“ sind sich alle Parteien grundsätzlich einig. Doch am Weg dahin gibt es heftiges Polit-Tauziehen. So lobt die ÖVP Erleichterungen im Bundesgesetz, zu Eigentum zu kommen. Die SPÖ befürchtet die Bevorrangung von Eigennutz.

Heute, Freitag, endet die Begutachtungsfrist für das neue „Wohnungsgemeinnützigkeitgesetz“ des Bundes, daher die Wortmeldungen aus Oberösterreich. SPÖ-Politiker Peter Binder sieht als Landesvorsitzender der Mietervereinigung im Gesetzesentwurf eine Abkehr vom Prinzip der Gemeinnützigkeit: „Der Bundesregierung geht es letztlich um das Eigentum weniger Leute, also den Eigennutz.“ Damit würden künftig

„noch weniger Wohnungen unter sozialen Gesichtspunkten zur Vermietung zur Verfügung stehen“.

Wolfgang Hattmannsdorfer, ÖVP-Wohnbausprecher in unserem Bundesland, sieht dagegen das „Bekenntnis zum Eigentum“ positiv: „Unsere Forderung aus Oberösterreich war von Anfang an, das Wohnen leistbarer zu machen und den Erwerb von Eigentum zu fördern, insbesondere für junge Familien“, sagt der Politiker. pö

Foto: Denise Stinglmayr



SPÖ-Politiker Peter Binder: „Zu viel Eigennutz!“

### OB DER ENNS

#### Diese Mieten brauchen Bremsen

„Houston, wir haben ein Problem: Die Mieten erreichen schön langsam das Niveau von Mondpreisen“, könnte man die Lage zuspitzen. Die Mieten im Gesamtdurchschnitt steigen bereits seit zehn Jahren doppelt so stark wie die Inflation und damit auch stärker als die Einkommen.

Die ÖVP möchte dieser Preisfalle unter anderem

durch mehr Wohnungseigentum „entkommen“, zumal Österreich mit einer Wohnungseigentumsquote von 55,7 Prozent europaweit auf dem vorletzten Platz liege. Ob das wirklich vielen hilft, ist fraglich.

Auch bei den Mieten selbst wird man Bremsen ansetzen müssen.



WERNER PÖCHINGER